

## „Die Hürden für Volksbegehren drastisch senken!“

AfD



Jan-Hendrik Czada

Der Staat scheint nur noch unzureichend in der Lage die Bevölkerung zu schützen. Die Kriminalität nimmt zu. Diebstähle, Gewalt und sexuelle Übergriffe verunsichern die Bevölkerung.

Die Einbrüche haben sich in zehn Jahren verdoppelt, nur jeder vierzehnte Wohnungseinbruch wird aufgeklärt. Banden aus dem Ausland, die für ihre Raubzüge nur kurzzeitig nach Deutschland kommen, sind dafür mitverantwortlich.

Wir brauchen stärkere polizeiliche Prä-

senz und intensive Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs. Doch die Polizei ist am Limit mit hunderten Überstunden und dauernder Überbelastung. Um öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten müssen wir die Polizei besser ausstatten, auch personell. Gemessen an der Einwohnerzahl gibt es in Baden-Württemberg im Bundesvergleich die wenigsten Polizeibeamten. Die AfD fordert 20 Prozent mehr Polizisten im Streifen dienst sowie eine Verdoppelung der Stellen im Einbruchdezernat.

Das Problem sind jedoch auch fehlende Urteile. Die Gesetze sind da, doch viele

Richter scheuen sich sie anzuwenden. Wir erleben Verständnis vor Strafe, Kuscheln vor Konsequenzen. Diese Kuscheljustiz muss aufhören.

Wir sind gegen Erlebnispädagogik bei jugendlichen Intensivstraftätern und für den Entzug der Aufenthaltserlaubnis bei ausländischen Straftätern. Die Arbeitsfähigkeit der Justiz muss gestärkt werden, um überlange Verfahren, milde Urteile und schnelle Entlassungen aus der Untersuchungshaft zu beenden.

Die AfD fordert zudem, dass die Bürger mit Volksbegehren und Volksabstimmungen direkten Einfluss auf die Politik neh-

men können. Dazu müssen die Hürden drastisch gesenkt werden. Momentan sind für eine Volksinitiative fast 800 000 Unterschriften nötig. Die Hürde sollte auf nicht mehr als 100 000 Unterschriften abgesenkt werden. Weiterhin sollte der Landrat eines Landkreises in direkter Wahl gewählt werden. Die AfD fordert weiterhin die Abschaffung der GEZ-Zwangsgebühren und eine Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Gebühren sind de facto eine Steuer, die Unabhängig von Nutzung und Einkommen erhoben wird. Baden-Württemberg soll den Rundfunkstaatsvertrag aufkündigen.